

# „Wahlrechtsänderung wäre wichtig“

Historikerin Elisabeth Skrzypek zeichnet den schwierigen Weg der Frauen in die Politik nach

VON ELISABETH KLAPER

Murrhardt. „Nur wenn wir Frauen in der Politik aktiv sind, haben wir die Macht, die Gesellschaft zu verändern“, macht Elisabeth Skrzypek deutlich. Sie wünsche, dass das Jubiläum „100 Jahre Frauenwahlrecht“ möglichst viele Frauen dazu inspiriere und motiviere, in die Politik zu gehen, verdeutlicht die Historikerin.

Woran liegt es, dass noch immer viel weniger Frauen als Männer in politischen Parteien und Gremien aktiv sind, und wie ist dies zu ändern? Diesen Fragen geht die Dozentin für Erwachsenenbildung aus Stuttgart in ihrem Vortrag „Frauen in die Parlamente! 100 Jahre Frauenwahlrecht“ nach, der den Programmschwerpunkt „Demokratien“ der Volkshochschule abschließt und nur eine Handvoll Zuhörerinnen in den Saal des Grabenschulhauses lockt.

Die Historikerin mit dem Arbeitsschwerpunkt Frauen in Geschichte und Politik beschreibt den langen Kampf der Frauen um die Teilhabe an der politischen Macht. Schon bei der Französischen Revolution 1789 forderte Olympe de Gouges, Verfasserin der Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin, vergeblich das Frauenwahlrecht. In der Revolution von 1848 setzten sich Frauen dafür ein, dass Männer mit Grundbesitz wählen dürfen, blieben aber Zuschauerinnen während der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche.

## Erst 1908 durften Frauen Parteimitglieder werden

Nach der Restauration 1850 war Frauen jegliche politische Arbeit verboten, erst 1908 durften sie Mitglieder von Parteien werden. Helene Lange, Leitfigur der bürgerlichen Frauenbewegung, forderte erst Bildung für die Frauen, danach das Frauenwahlrecht. Die linke Frauenbewegung unter Clara Zetkin engagierte sich mit den Männern für ein Stimmrecht für alle.

Dagegen argumentierten konservative Kreise, „Frauen verlieren ihre Weiblichkeit, wenn sie politisch aktiv sind und wählen dürfen“. Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg erhielten die Frauen im Deutschen Reich am 12. November 1918 das aktive und passive Wahlrecht auf allen politischen Ebenen.

Am 19. Januar 1919 wählten Frauen und Männer erstmals gemeinsam die Mitglieder der Nationalversammlung, später den Reichstag und andere Gremien. Aber: „Frauen konnten sich nur schwer durchsetzen, da sie meist kein Rederecht erhielten“, nur bei sozialen Themen war ihre Mitarbeit gefragt.

Kurz informierte die Referentin über die internationale Entwicklung des Frauen-



Historikerin Elisabeth Skrzypek: „In der Landesregierung gab es bisher zehn Ministerinnen für verschiedene Ressorts.“  
 Bild: Privat

wahlrechts: Neuseeland führte schon 1893 als erstes Land der Welt das Frauenwahlrecht ein, 1906 Finnland als erstes europäisches Land, 1917 Russland nach der Februarrevolution, die USA 1920, Großbritannien, „das Mutterland der Demokratie“ 1928 und Frankreich erst 1945.

Nach dem Zweiten Weltkrieg 1945 mussten Frauen auch in der Politik die Arbeit der Männer übernehmen, so dass verhältnismäßig viele in verschiedenen Gremien mitarbeiteten. „Die meisten hatten sich schon vorher engagiert, darunter etliche Ehefrauen bedeutender Politiker“, so die Dozentin. Doch sank die Zahl der Frauen im Landtag von Baden-Württemberg dramatisch von acht im Jahr 1952 auf nur zwei im Jahr 1968 - wegen deren „Rückzug an Heim und Herd“. Danach stieg der Frauenanteil langsam wieder, stagniert aber seit Jahren bei 35.

## Die Kommunalpolitik wird immer noch von Männern dominiert

„Es sieht nicht rosig aus“, findet die Referentin: „Die Änderung des Landtagswahlrechts wäre wichtig“, bezieht sie klar Position in der aktuellen Diskussion über die umstrittene Wahlrechtsreform. Damit mehr Frauen gewählt werden können, sollte das Zweistimmenwahlrecht eingeführt werden, da sich beim derzeit gültigen Einstimmenwahlrecht die Männer stärker durchsetzen und die meisten Direktmandate gewinnen, verdeutlicht sie. Auch in der Kommunalpo-

litik dominieren immer noch die Männer: Frauen bleiben in Gemeinderäten weiter in der Minderheit, und nur 89 (Ober-)Bürgermeisterinnen stehen 1011 männlichen Kollegen gegenüber. In der Landesregierung gab es bisher zehn Ministerinnen für verschiedene Ressorts wie Arbeit, Soziales, Kultus, aber auch Wissenschaft oder Landwirtschaft.

## Damit Politik frauenfreundlicher wird, müssen Frauen in die Politik

Ausgehend von der Frage, warum in der Politik nicht 50 Prozent oder mehr Frauen aktiv sind, entwickelt sich eine kurze, spannende Diskussion. „Politik muss frauen- und familienfreundlicher werden“, und „Frauen müssen sich ein Ehrenamt finanziell und zeitlich leisten können“, fordert eine Zuhörerin. Denn sie müssten noch immer die Hauptarbeit im Haushalt, bei der Kindererziehung und Pflege leisten.

Doch: Damit die Politik frauenfreundlicher wird, „müssen Frauen in die Politik gehen, sich durchsetzen und wehren“, erwidert eine andere. Probleme stellten noch immer die unzureichende Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder politischer Tätigkeit dar, aber auch Öffentlichkeitsscheu und unzureichende Durchsetzungskraft.

Dabei seien die Frauen doch so vielfältig ehrenamtlich tätig, zudem verfügten sie über Netzwerke und Kompetenzen, die die Politik dringend benötige, betont die Historikerin.

## Vier Pionierinnen

■ Im 1919 gewählten Stuttgarter Gemeinderat saßen erstmals vier Frauen, darunter die **Sozialarbeiterin Charlotte Armbruster** (1880 bis 1970, Zentrum). Sie war „eine soziale Lichtgestalt“, die sich für die katholische Minderheit einsetzte und die katholische Bahnhofsmission aufbaute.

■ **Elisabeth Daur** (1899 bis 1991) war Privatlehrerin von Claus, Berthold und Alexander von Stauffenberg, zudem im Widerstand gegen das NS-Regime und später in der Friedensbewegung aktiv. Von 1956 bis 1968 saß sie für die SPD im Stuttgarter Gemeinderat und engagierte sich fürs Schul- und Gesundheitswesen.

■ Eine „sehr erfolgreiche Powerfrau“ war Rechtsanwältin **Emmy Diemer-Nicolaus** (1910 bis 2008, FDP): „Sie hat viel bewirkt“, da sie sich für die rechtliche Gleichstellung von Mann und Frau ebenso wie für die Resozialisierung von Strafgefangenen einsetzte, so die Referentin. Zudem hatte sie entscheidenden Anteil an der Reform des Straf-, Abtreibungs-, Ehe- und Scheidungsrechts. Von 1946 bis 1950 saß sie im Stuttgarter Gemeinderat, war von 1950 bis 1957 Landtagsabgeordnete und von 1957 bis 1972 Bundestagsabgeordnete.

■ Berufsberaterin **Annemarie Griesinger** (1924 bis 2012, CDU) rückte 1964 in den Bundestag nach, gewann 1969 ein Direktmandat und stieg zur stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden auf. 1972 wurde die temperamentvolle und sportliche Politikerin, der Prinzipien wichtiger waren als Partei und Positionen, Arbeits- und Sozialministerin im Südwesten, wo sie den Aufbau von Sozialstationen und Behindertenwerkstätten vorantrieb.

■ Seit 2016 ist **Muhterem Aras** die erste grüne, muslimische Präsidentin des Landtags von Baden-Württemberg und überhaupt in Deutschland in diesem Amt. Sie wurde 1966 in Ostanatolien geboren, kam 1978 nach Filderstadt, studierte Wirtschaftswissenschaften und gründete ein Steuerberatungsbüro. Seit 1992 ist sie Mitglied der Grünen, war von 2007 bis 2011 Fraktionsvorsitzende im Stuttgarter Gemeinderat und ist seit 2011 Landtagsabgeordnete, wo sie in den Ausschüssen für Finanzen und Wirtschaft, Kultur und Sport mitarbeitete.